

3. Benediktbeurer Gespräche der Allianz Umweltstiftung

Im Zweireiher zum Umweltschutz?

Die Grünen wollen in ihrem neuen Umweltkonzept Ökonomie und Ökologie stärker miteinander verknüpfen. Und umgekehrt wünschen sich Wirtschaftsunternehmen, daß sie künftig früher von der Politik in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden. Alle reichen sich die Hände? Bei den dritten Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung konnte es stellenweise fast so scheinen. Wenn nur die alten Vorbehalte nicht wären.

Umweltthemen sind derzeit in den Medien »mega-out«, stellte Lutz Spandau, Vorstand der Allianz Umweltstiftung, fest. Nach den dramatischen Schlagzeilen der 80er Jahre zur globalen Klimakatastrophe, zu saurem Regen und Waldsterben ist Ruhe eingeleitet. Sind das nur journalistische Moderscheinungen, oder ist die Gesellschaft insgesamt des Themas Umweltschutz überdrüssig geworden? Die Umweltstiftung formulierte dies als Ausgangsfrage an die diesjährige Diskussionsrunde der Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Umweltverbänden: »Zwischen Konflikt und Konsens – wie zukunftsfähig ist der Umweltschutz?«

Als Gesprächspartner standen sich Gunda Röstel, Bundesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Dieter



Harig, Vorstandsvorsitzender der Preussen Elektra AG, BMW-Vorstandsmitglied Horst Teltschik und die Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), Angelika Zahrnt, gegenüber. Moderiert wurde die Diskussion von Volker Angres, Leiter der ZDF-Umweltredaktion.

Konflikt oder Konsens?

Eins wurde schnell klar: Keiner der Beteiligten zweifelt daran, daß der Umweltschutz auch künftig eine der zentralen Aufgaben der Gesellschaft bleibt. Im Unterschied zu den regen 80er Jahren ist jetzt jedoch vieles – weniger medienwirksam – Teil der Alltagsarbeit in Politik und Wirtschaft geworden. Bleibt der zweite Teil der Frage: Wird eher Konflikt oder Konsens die künftige Umweltaarbeit prägen.

Dialog vor barocker Kulisse: Wie zukunftsfähig ist der Umweltschutz?

»Die deutschen Grünen haben ja Prominenz erlangt als Blockierer und Wirtschaftsfeinde«, sagte Gunda Röstel. Auch wenn dieses Bild schon zu ihrer Gründungszeit falsch gewesen sei: Ihrer heutigen Strategie entspreche es auf keinen Fall.

Die Zukunft liegt für die Grünen laut Röstel in einer »Blutsbrüderschaft zwischen Ökologie und Ökonomie«. Einerseits, weil der Umweltschutz ohne die Wirtschaft keine Chance habe, andererseits, weil die Ökologie der wesentliche Innovations- und Wachstumsfaktor für die deutschen Unternehmen sei. Bei den High-Tech-Produkten nehme Deutschland international vor allem in der Umwelttechnik eine Spitzenposition ein, und sowohl bei den hochentwickelten ►

Industrienationen als auch in den *Emerging Markets* wie Asien gebe es hierfür sehr gute Absatzmärkte.

Diese innovativen Ansätze wollen die Grünen im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik fördern. Im zweiten Teil ihres Konzepts sehen sie vor, generell für mehr Umweltschutz in der Industrie zu sorgen, ohne dabei auf alte Feindbilder zurückzugreifen. Röstel: »Wir wollen nicht die Zweireiher durch Strickhemden aus Wolle von Schafen ersetzen, die auf dem Gelände früherer Autobahnen weiden.«

Geplant sind Maßnahmen zur Ressourcenschonung in den wirtschaftlichen Prozessen, zum verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen und Recycling-Verfahren sowie zur Emissionsminderung. Und diese sollen nicht, wie bislang, hauptsächlich durch gesetzliche Auflagen erzwungen werden, sondern die Grünen wollen auch mit positiven marktwirtschaftlichen Anreizen arbeiten, so zum Beispiel mit der Förderung umweltfreundlicher Investitionen und der Ankurbelung der Nachfrage nach umweltschonend produzierten Produkten durch Verbraucheraufklärung.

Ob deshalb beim Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft nur eitel Sonnenschein herrschen wird, ist allerdings fraglich. Hans-Dieter Harig von der Preussen Elektra AG vermißte einen sachlichen Umgang der Politiker mit dem Thema Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Oft, so sein Eindruck, würde sich an einer bestimmten, scheinbar umweltschonenden Methode festgebissen, statt ein Umweltziel zu definieren und verschiedene Lösungswege dorthin zu durchdenken. So zum Beispiel, wenn man auf dem Einsatz von Fernwärme beharre, ohne den dafür benötigten Investitionsaufwand zu bedenken, der Ressourcen verschleißt und dadurch ebenfalls die Umwelt belastet. Hier werde die Diskussion mit Blick auf die Wähler unnötig aufgeheizt, und das sei wenig sinnvoll: »Wer Konfrontation sucht oder in Kauf nimmt, verfolgt andere Ziele, nicht Umweltschutz.« Horst Teltschik (BMW AG) brachte eine ähnliche Kritik vor: Nicht immer seien die Umweltauflagen sinnvoll, vor allem im globalen Zusammenhang. »Um bei

einem modernen Pkw wenige Prozentpunkte Emissionsreduzierung zu erreichen, müssen mehrere Milliarden Mark für verbesserte Motorprogramme aufgewendet werden«, rechnete er vor. »Wäre diese Summe nicht sinnvoller investiert, wenn sie zur Finanzierung von Umweltprojekten oder einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur in der Dritten Welt eingesetzt würde?«

Naives Menschenbild?

Beide Vertreter der Wirtschaft warnten die Umweltschützer außerdem davor, ein zu blauäugiges Menschenbild zu vertreten. »Es wird uns nicht gelingen, die Menschen zu bessern«, erklärte Harig. Sein Beispiel: Kaum werde die Energiewirtschaft effizienter, steige auch schon der Energiebedarf der Verbraucher. Die

Waren gar nicht so weit auseinander:
Gunda Röstel von den Grünen und
Hans-Dieter Harig, Chef der Preussen
Elektra



Schraube lasse sich nicht zurückdrehen – in der Industriegesellschaft werde kein Mensch seinen Lebensstandard herabsetzen wollen.

Dieses naive Menschenbild vertrete auch keiner, meinte dazu Angelika Zahrnt, Vorsitzende des BUND. Doch umgekehrt zeige gerade die Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland, daß Menschen sehr wohl über ein umweltbewußtes Leben nachdächten. Es sei den meisten durchaus bewußt, daß begrenzte Ressourcen dem politischen und gesellschaftlichen Handeln einen klaren Rahmen setzten: »Es geht nicht darum, den Lebensstandard komplett herunterzuschrauben. Es geht um ein neues Konsumideal: Gut leben statt viel haben.« Der BUND habe dazu eine Reihe von Leitbildern entwickelt, zu Verkehr, Wirtschaft, Industrie, dem Lebensraum Stadt, der Land- und Waldwirtschaft und dem globalen Zusammenwirken der Umweltpolitik.

Vor allem drei Punkte schätzten alle Diskussionspartner der diesjährigen Benediktbeurer Gespräche ähnlich ein:

- Technikfeindschaft ist nicht angebracht, die Weiterentwicklung der Technik ist eine notwendige Voraussetzung für den Umweltschutz.
- Für nachhaltige Umweltkonzepte müssen Ökologie und Ökonomie miteinander gekoppelt werden.
- Alle gesellschaftlichen Kräfte sollten in Diskussionsforen zusammenkommen, um die bestmöglichen Konzepte für den Umweltschutz zu entwickeln; die Wirtschaft wünscht sich, hierbei früher eingebunden zu werden.

Und wovon wird das nächste Jahrzehnt voraussichtlich geprägt sein – von Konflikt oder Konsens im Umweltschutz? Angelika Zahrnt brachte es auf den Punkt: »Wir brauchen einen Konsens über unsere gesellschaftlichen Ziele. Aber auf dem Weg dorthin muß es immer wieder Konfrontationen geben, wenn wir es mit diesen Zielen wirklich ernst meinen und sie durchsetzen wollen.« Ein völliger Schulteranschlag in allen Fragen wäre ein falscher Konsens. Damit würde man den gesellschaftlichen Interessen mit Sicherheit nicht dienen.

(Claudia Reichmuth, München)